

Populismus. Zum vorgeschobenen Schutz der Schulkinder könnten viel effektivere und wesentlich kostengünstigere Projekte ins Auge gefasst werden.

Der einzige Zweck solcher Arbeitssitzungen scheint inzwischen zu sein, die Argumentation und Diskussion aus öffentlichen Sitzungen heraus zu halten, und somit der Öffentlichkeit die Möglichkeit der eingeständigen Meinungsbildung zu nehmen. Der Schöfferrat ist weit davon entfernt, die immer wieder gerne benutzten Floskeln und Worthülsen von Offenheit und Transparenz mit wirklichen Inhalten zu füllen.

- **In letzter Minute:**

In der letzten Gemeinderatssitzung beschloss die Mehrheit den **Gesamtwasserpreis auf 4,50 €/m³ zu verdoppeln**. Auch dieses Mal wurde es wieder mit der Notwendigkeit begründet, kostendeckend arbeiten zu müssen. Für **nächstes Jahr** wurde eine nochmalige **Anhebung auf 7,50 €/m³ angekündigt**

Unser Einwand in vorherigen Sitzungen, den Preis dieses wichtigsten Lebensmittel wenigstens sozialverträglich zu staffeln, wurde nicht beachtet. Dafür kam aus den Mehrheitsreihen aber der Vorschlag, Regenwasser, das auf Häuser fällt, gesondert zu erfassen und mit einer Taxe zu belegen, um höhere Einnahmen unauffälliger verbuchen zu können. Wie schön, dass Atemluft noch steuerfrei ist.

Sehr geehrte Mitbürger,

wir hoffen Ihnen, mit unserer Sicht der Dinge, die Beurteilung der Arbeit des **Schöfferrats und seiner 7-köpfigen Mehrheit** erleichtert zu haben.

Wir wünschen Ihnen ein frohes und gesundes Jahr 2010.

Georges KONSRUCK & Raoul SCHOLTES

DE BÄERTRÉFFER BILAN



Sehr geehrte Mitbürger der Gemeinde Berdorf,

nachdem nun zwei Drittel der Amtszeit des jetzigen Schöfferrates vorbei sind, ist es an der Zeit eine erneute Bilanz zu ziehen. Deshalb möchten wir Ihnen wieder unsere Sicht dessen, was von der Gemeinderatsmehrheit beschlossen wurde, präsentieren, und Ihnen dann das Urteil darüber überlassen.

Wie versprochen, haben wir eine konstruktive Oppositionspolitik betrieben, d.h. wiederholt Verbesserungsvorschläge dort angebracht, wo die Planung des Schöfferrats dies immer wieder notwendig gemacht hat. Gleichzeitig haben wir jedoch auch jene Beschlüsse mitgetragen, die dem Wohl der Bevölkerung zuträglich waren.

Für uns bedeutet Oppositionspolitik nämlich nicht die Ablehnung von Vorschlägen als Selbstzweck, wie dies von den früheren Oppositionsräten oft betrieben wurde, sondern eine sachliche Kontrollfunktion der Mehrheitsarbeit und das Unterbreiten von alternativen Lösungsvorschlägen.

Interessant ist auch, dass eine Woche nach dem provisorischen Votum des PAG, eine Firma Wohnungen in einem noch zu errichteten Apartmentgebäude in der rue Wues anbot. Für dieses Gebäude sind die maximal vom Bautenreglement zugelassenen Dimensionen vorgesehen. Als wir eben diese Dimensionen letztes Jahr in einem Vorplan als zu groß beanstandeten, beschwichtigte der Bürgermeister. Er meinte, dass dies nur Maximalgrößen wären, und dass er oder der Gemeinderat immerhin noch seine Zustimmung zu jedem Projekt geben müssten. Genau dies passierte jetzt auch mit den Stimmen der Mehrheit, obwohl auch das Innenministerium dieses Projekt für Berdorf als überdimensioniert angeprangert hatte. Der Bürgermeister pries das Vorhaben mit zweifelhaften Argumenten über den grünen Klee. Wie gut, dass der Geschäftsführer und Haupteigentümer dieser Firma auch Präsident der Bautenkommission und Mehrheitsmitglied im Gemeinderat ist.

In der öffentliche Präsentation des PAG wurden auch **keine Fragen der** zahlreichen anwesenden **Bürger zugelassen**. Der Bürgermeister stahl sich mit fadenscheinigen Argumenten zur vorgerückten Stunde und dem Verweis auf die Reklamationsmöglichkeit aus der Verantwortung. Transparenz und Offenheit sind wohl nur für die Sonntagsreden des Bürgermeisters?

• **Demokratieverständnis des Bürgermeisters**

Auch das Demokratieverständnis, vor allem des Bürgermeisters, ist fragwürdig. Oft hat man das Gefühl, jeder hätte ein Recht auf die eigene Meinung nur solange, wie es sich auch um die des Bürgermeisters handelt. So versucht er in den Ratssitzungen durch Wutanfälle, persönliche Attacken oder konstantes Unterbrechen, die Äußerungen unliebsamer Redner zu unterbinden.

Unerhört wird dieses Benehmen, wenn der Bürgermeister versucht, den Gemeinderäten ihr gesetzliches Recht abzuspochen, Fragen an den Schöfferrat zu stellen. Anscheinend geht er davon aus, dieses Recht habe nur in seiner Zeit als einfacher Gemeinderat gegolten. „Deux poids et deux mesures!“

der vorherige Sendeplatz.

Damals wie heute wurde mit Beliebigkeit zwischen den Forderungen einer minimalen Sendeleistung einerseits und einer prinzipiellen Entfernung der Station andererseits hin- und hergesprungen. Dies nährt den begründeten Verdacht, dass es sich hier stets nur um eine populistische Ausschlichtung des Themas gehandelt hat, um es zur Stimmungsmache, zum eigenen Vorteil und zum Stimmenfang auszunutzen.

Das Versagen des Schöfferrats

Die Hauptaufgaben der politischen Führung einer Gemeinde wären das sorgsame Verwalten der Gemeindefinanzen und das durchdachte Planen für die Zukunft der öffentlichen Infrastrukturen. Ist dies aber in unserer Gemeinde der Fall?

Noch in der Schöfferratserklärung wurden ein **finanzieller Fünfjahresplan** und ein **Dorfentwicklungsplan versprochen**. Aber selbst nach dem fünften, von diesem Schöfferrat vorgelegten, Haushalt ist **nichts** von diesen wichtigen Instrumenten **zu sehen**. Auf wiederholte Nachfrage wurde nur jeweils lapidar bekundet, man habe Besseres zu tun.

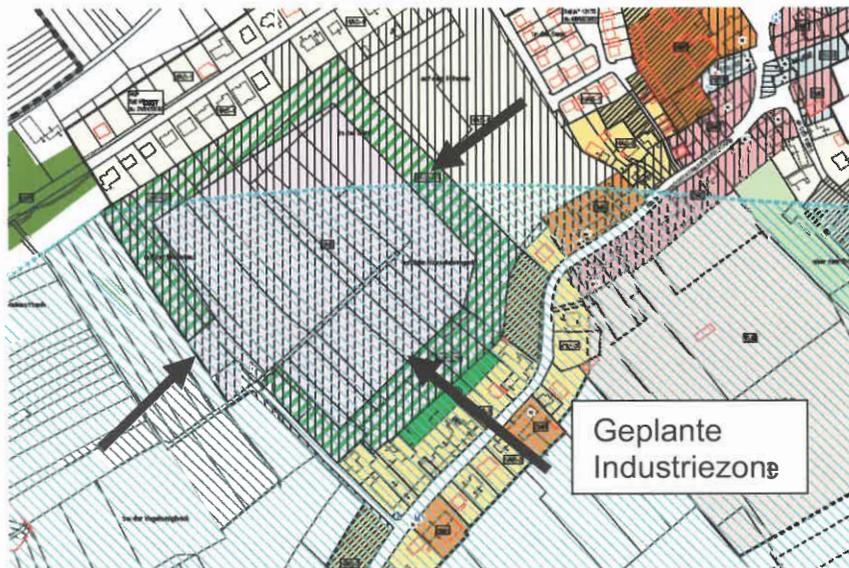
Auch die groß angekündigte **ökologische Bewirtschaftung unserer Wälder**, umweltgerechte Zertifizierung des Holzschlags und Umsetzung der Naturwaldpläne sind nach anfänglichen Willensbekundungen wieder in der **Schublade verschwunden**.

Leider sind sehr viele Ankündigungen aus Wahlkampfzeiten und sogar aus der **großmundigen Schöfferratserklärung** 2005 bis heute **nicht verwirklicht** oder werden überhaupt nicht mehr erwähnt. Man muss sich jedoch fragen warum. Schließlich verfügt der Schöfferrat doch de facto über eine seit langem **7-köpfige Mehrheit im Gemeinderat**.

jetzt 2009, nach vier Jahren endlich soweit. Erstaunlich, wenn man bedenkt, dass der Bürgermeister nicht müde wurde, zu erwähnen dass ein Großteil der Arbeit seines Schöffenrates während dieser **vier Jahre** in die Erarbeitung des Bebauungsplanes ging.

Hierbei sei jedoch erwähnt, dass bereits 2004, entgegen der Darstellung des jetzigen Schöffenrates, viel Vorarbeit mit dem Planungsbüro für einen Bebauungsplan (plan d'aménagement général, PAG) bereits geleistet war. Das Gesetz von 2004 veränderte dann jedoch die Prozedur, sodass dieser PAG bei Amtsantritt der jetzigen Amtsinhaber 2005 noch nicht in Kraft war.

Es ist beschämend wie der jetzt fertig gewordene Bebauungsplan dann umgesetzt wurde, und was er beinhaltet. In der, ihm eigenen Willkürlichkeit, argumentiert der Bürgermeister gerne mit dem Begriff der „Integrativen Verkehrs- und Landesplanung“ (IVL). Aber nur wenn es für die Mehrheitspläne von Vorteil ist. Andernfalls verweist der Bürgermeister darauf, dass das IVL-Projekt noch keine Gesetzeskraft hat.



Während der Umbauarbeiten benötigt die Gemeindeverwaltung eine Ausweichstruktur, um weiter funktionieren zu können. Hierzu wurde der frühere „Globus“ gekauft und umgebaut; wenn auch nicht komplett nach den im Gemeinderat beschlossenen Plänen. Ob dieser Kauf aber eine gute Wahl war, wagen wir zu bezweifeln. Warum?



Erstens war der Kaufpreis von mehr als 300.000 € sehr hoch, wenn man gedenkt, dass die Bausubstanz sich keinesfalls in einem guten Zustand befand, was damals jedoch abgestritten wurde.

Es waren zweitens noch Investitionen in derselben Größenordnung notwendig, um dieses Provisorium auf einen gesetzeskonformen Stand zu bringen, in dem menschenwürdige Arbeitsbedingungen herrschen. Somit ergeben sich jetzt, nach Anheben der Kostenvoranschläge und Zusatzkosten, Unkosten von insgesamt mehr als **793.000 Euro** für die Gemeindekasse. Natürlich kommt diese Summe für das Provisorium noch zu den eigentlichen Kosten des Umbaus der Gemeinde von mehreren Millionen Euro noch dazu!

Besonders fragwürdig, sind aber drittens die Pläne für die Langzeitnutzung des Gebäudes. Auf mehrmalige Nachfrage hat der Bürgermeister bestätigt, dass er sich langfristig hier die Ansiedlung eines kleinen Lebensmittelgeschäfts oder ähnlichem vorstellt.

Selbstverständlich würden wir es begrüßen, wenn dies möglich wäre, aber allein der Blick auf die



Zukunftsplanung?

Hiermit wären wir am Hauptproblem des jetzigen Schöffenrats und seiner Ratsmehrheit angelangt. Es gibt mehr Schein als Sein und es fehlt an politischer Zukunftsperspektive. Auch wenn der Bürgermeister in seiner Antrittsrede noch von „Visionen“ sprach, so ist bis heute nicht das geringste an Zukunftsfähigkeit zu erahnen, geschweige denn, klare Gestaltungslinien zu sehen.

• Fehlende Gesamtkonzepte

In ihrer Oppositionszeit haben die Mitglieder des Schöffenrats oft von einem Gesamtkonzept für das Gebiet **„Maartbesch“** gesprochen. Bis heute ist auch hier, außer regelmässigen Vertröstungen, nichts hiervon zu erkennen. Dass ein neu beginnender Schöffenrat nicht mit detaillierten und sofort umsetzbaren Plänen antritt, ist verständlich. Dass aber ein Schöffenrat nach mehr als 4 ganzen Jahren nichts, nicht einmal eine Art „Masterplan“, vorlegen kann, ist beschämend.

Das einzige, was auf Nachfrage immer wieder geäußert wird, sind das Aufzählen von, für jedes Kind offensichtlichen, Grundbedürfnissen und geheimnisvolle Andeutungen. Dies sind wahrscheinlich die besagten „Visionen“. Transparenz sieht anders aus!

Noch schlimmer wird es wenn man eine langfristige Planung für die Gemeinde, und die von ihr benötigten Infrastrukturen, vom Schöfferat erfragt, und sich nach einem **Dorfentwicklungsplan** erkundigt: Wie schnell, wie weit und bis zu welcher Einwohnerzahl soll Berdorf wachsen? Will der Schöffenrat Berdorf nur zum Vorteil von Promotoren und Spekulanten unkontrolliert wachsen lassen? Soll der lebenswerte Charakter einer ländlichen Dorfgemeinde erhalten bleiben? Will der Schöffenrat eine seelenlose Schlaf- und Durchgangsgemeinde schaffen?

Auf diese schwerwiegenden Fragen bekommt man aber in Gemeinderatssitzungen keine ernsten oder aussagekräftigen Antworten. Vielmehr wird man entweder einem aggressiven Trommelfeuer der Mehrheit ausgesetzt, oder die Fragen werden in überheblicher Art und Weise ins Lächerliche gezogen.

Besonders pikant, ist aber die Tatsache, dass vor allem auf dem „Wues“ verkehrsberuhigende „Inseln“ aufgebaut wurden, die sich fast an denselben Stellen befinden, an denen vorher Blumenkübel waren. Aber eben diese wurden noch im letzten Wahlkampf von den jetzigen Mehrheitsmitgliedern erst verteufelt und dann entfernt. Die Blumenkübel konnte man aber, im Gegensatz zu den festgeklebten Hindernissen, bei Bedarf wegrücken.

• Parkplatz beim Friedhof

Sehr wenig Initiativegeist bewies der Schöffenrat mit dem kürzlich fertiggestellten Parkplatz zwischen dem Gelände der Schule und dem Friedhof. Wieder einmal wurde hier, unter dem einfachen Rückgriff auf den **noch** nicht ganz leeren Gemeindegeldsäckel, ein Projekt von mehr als **390 000 Euro** umgesetzt werden.

Der Parkplatz soll sowohl der Entschärfung der Gefährdungssituation um die Schule zu Schulbeginn wie -ende, aber auch als Auffangparking für Aktivitäten im Martbusch dienen. Diese Lösung wird aber keinem der beiden Ziele gerecht, wie sich jetzt schon zeigt.

Besonders das Problem der Sicherheit auf dem Schulweg ist nicht einfach mit dem Ausgeben von Steuergeldern gelöst. Jeder Verkehrsplaner weiss, dass mehr Strassen und Parkplätze, mehr Verkehr anziehen.

Aber das genaue Gegenteil wäre sich für einen sicheren Schulweg zu wünschen. Wirkliche Sicherheit auf dem Schulweg kann nur dann umgesetzt werden, wenn alle Beteiligten, also Eltern, Kinder, Schule und Gemeinde, gemeinschaftlich an der Lösung des Problems arbeiten.



- Der neu angelegte Parkplatz am Amphitheater schlägt mit rund **260.000 €** zu Buche. Dies ist ein stolzer Preis für ein Projekt von gut 30 Ar.

Hinzu kommt, dass die Hauptrechtfertigung für die Kosten, nämlich, dass es sich um einen ökologischen Parkplatz handeln soll, zwischen Gemeindeverantwortlichen und den zuständigen staatlichen Verwaltungen umstritten ist. Zusätzlich besteht hier die Gefahr eines Anlaufpunkts für wildes Campieren.



Leider ist aber das Problem eines unzureichenden Sanitärbereichs am Amphitheater immer noch nicht gelöst. Ob es jedoch billiger ist, wenn man immer wieder nur Einzelteile eines Problems angeht, anstatt eine Gesamtlösung anzustreben, muss bezweifelt werden.



Ein Nutzungsreglement für die „Breechkaul“ wurde jedoch in den letzten 4 Jahren nicht erarbeitet. Die lapidare Erklärung hierfür, auf mehrmaliges Nachfragen unsererseits, war stets, man habe andere Prioritäten und man solle dem Schöffenrat vertrauen, dass er die Nutzung schon nur den richtigen Leute erlaube.

- In der „Heesbesch“ kommt es auch zu einer Erneuerung des Kanals und vor allem zur Verlagerung der Abwasserpumpe unter die öffentliche Strasse. Danach wird diese dann auf 400



Metern, am Hotel vorbei, erneuert und ein einseitiger Bürgersteig wird angelegt. Die Kosten für den Gemeindehaushalt werden sich auf über **913.000 Euro** belaufen. Wie gesagt, die Gemeindegeldbeutel sind ja *noch* nicht leer. Eine Verkehrsberuhigung ist in diesem Preis jedoch nicht inbegriffen und auch Parkplätze sind nicht im Projekt enthalten.

- Ein anderes Prestigeprojekt scheint aber sang- und klanglos gestorben zu sein. Von den „Soirée Musicales“, deren zukünftiger Ausbau noch grossmundig vom Schöffenrat versprochen worden war, hört man nichts mehr. Nachdem wir die übermässigen Ausgaben von 9.707,50 € für einen einzigen Abend, am 7. October 2006 angeprangert hatten, kamen nur noch einmal Ausgaben für einen 2. Abend, am 16. August 2007 in Höhe von 12.656,04 € dazu. Man fragt sich was hier passiert ist.

- Peinlich ist das „bunte Blatt“ zudem die Gemeindezeitung immer mehr verkommt. Der redaktionelle Teil, der nur von Mehrheitsmitgliedern gestaltet wird, hat, für den aufmerksamen Leser, oft nicht viel mit der neutralen Darstellung der wirklichen Ratssitzungen zu schaffen.

Hinzu kommt die Überflutung mit aussagelosen Bildchen des Schöffenrates bei allen möglichen Veranstaltungen. Dies ist nicht der Sinn einer mit immerhin 10.000 € Steuergeldern pro Jahr bezahlten Publikation.